

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien

77. Sitzung
26. August 2026

Beginn: 09.35 Uhr
Schluss: 12.39 Uhr
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Dr. Alexander King (fraktionslos) stellt die zuvor schriftlich eingereichte Frage:

„Welche Interessenkonflikte zwischen zivilen, kommerziellen, kulturellen und militärischen Akteuren können sich aus Sicht des Senats aus der fünften Verordnung zur Änderung der Frequenzverordnung ergeben, die laut Bundesregierung einem "veränderten und teilweise höheren Frequenzbedarf für die Landes- und Bündnisverteidigung" (zit. Kabinettsentwurf) nachkommen soll und die nun dem Bundesrat vorliegt?“

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) legt dar, die Frequenzverordnung diene der Umsetzung völkerrechtlicher Vereinbarungen in nationales Recht, insbesondere der Beschlüsse der Weltfunkkonferenz 2023 über Frequenzzuweisungen an Funkdienste und Nutzungsbedingungen. Aufgrund der geänderten geopolitischen Lage habe die Bundesregierung einen gestiegenen militärischen Frequenzbedarf festgestellt und Anpassungen vorgeschlagen. Von Länderseite werde betont, dass das telekommunikationsrechtliche Gefüge zwischen der Frequenzverteilung in Friedenszeiten einerseits und dem Spannungs- und Verteidigungsfall andererseits sowie im Rahmen von Bündnisverpflichtungen nicht durch eine gedankliche

Vorwegnahme eines etwaigen Spannungs- oder Verteidigungsfalls in Friedenszeiten aus dem Gleichgewicht gebracht werden dürfe. Diese Position werde auch von anderen Ländern geteilt. Der Verordnungsentwurf befinde sich derzeit im Bundesrat, wo er geprüft und bewertet werde. Das Ergebnis dieser Prüfung könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vorweggenommen werden.

Dr. Alexander King (fraktionslos) bemerkt, er habe aus dem Statement eine leise Kritik herausgehört, was die Bundesregierung plane und beabsichtige, andere Interessen an Frequenzen stärker auch noch mal ins Gespräch zu bringen, was gut wäre und er sehr begrüßen würde.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erwidert, Kritik explizit nicht geäußert zu haben. Er habe die Positionierung und insofern auch die Erwartung Berlins mitgeteilt, nach seinem Verständnis auch die der anderen Länder. Aber er habe auch verdeutlicht, dass das Ergebnis dieser Bewertung und auch des Abstimmungsverhaltens Berlins dort im Bundesrat zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorweggenommen werden könne.

Carsten Schatz (LINKE) stellt die zuvor schriftlich eingereichte Frage:

"Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen zum Hauptstadtfinanzierungsvertrag und wann rechnet der Senat mit einem Abschluss der Verhandlungen?"

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) teilt mit, dass die Verhandlungen noch andauerten und zwischen den Parteien Vertraulichkeit hinsichtlich des Inhalts der Verhandlungen und des aktuellen Standes vereinbart worden sei. Ohne diese Vertraulichkeit seien solche Verhandlungen nicht möglich. Nach aktuellem Stand seien die Verhandlungen bereits sehr weit vorangeschritten. Wann ein Abschluss möglich sei, könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden, da dies auch von den anderen Verhandlungspartnern abhängen.

Carsten Schatz (LINKE) wirft ein, Ziel sei ein Abschluss im Sommer gewesen. Werde der Senat in seiner jetzigen Zusammensetzung noch einen Abschluss herbeiführen?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) betont, dass der Sommer noch nicht vorbei sei. Zum Abschluss der Verhandlungen könne keine verbindliche Aussage getroffen werden, da dies unbekannt sei. Ziel sei, die Verhandlungen so schnell wie möglich abzuschließen.

Gollaleh Ahmadi (GRÜNE) stellt die Frage, wie sich die Zeitschiene für den digitalen Medienstaatsvertrag gestalten, der als Entwurf im Vorfeld bereits übermittelt worden sei.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erklärt, dass der digitale Medienstaatsvertrag erst dem nächsten Parlament vorgelegt werde.

Dr. Hugh Bronson (AfD) stellt die Frage, wie der Senat die im EU Finanzrahmen 2028 bis 2034 vorgesehene Bündelung der Kohäsions- und Regionalmittel in nationale und regionale Partnerschaften bewerte. Dies werde zwischen Kommission und Bund verhandelt. Mit Blick auf eine künftige Mitsprache Berlins auch bei der Verteilung von EFRE- und ESF-Mitteln bitte er im Information.

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) trägt vor, es gebe derzeit keinen neuen Stand zum Thema. Die Bündelung in Rubriken I bis IV, insbesondere die Bündelung aller auch Struktur- und ähnlichen Fonds, Landwirtschaft etc., in Rubrik I, werde im Kommissionsvorschlag vorgesehen. Entscheidend sei jedoch nicht die Struktur an der Stelle, sondern die Governance der Fondsverwaltung. Hier bestünden seitens der Bundesländer kritische Bedenken. Positiv bewertet werde die Schwerpunktsetzung in Rubrik II, die stark auf Wettbewerbsfähigkeit und Forschung liege, was für Berlin wichtig sei. Aktuell gehe es vor allem um die Frage, wie viel Geld in Rubrik I für Strukturfonds künftig zur Verfügung stehe. Auf europäischer Ebene werde hart gerungen. Er gehe davon aus, dass im Zweifel eher weniger Mittel als bisher bereitstünden. Gegenstand der Verhandlungen in Arbeitsgruppen sei die Verteilung zwischen Bund auf der einen Seite, den Ländern auf der anderen Seite und dann vor allem innerhalb der Bundesländer und Regionen. Der Senat bemühe sich, sicherzustellen, dass möglichst viel der verbleibenden Mittel für Strukturfonds nach Berlin fließe. In der laufenden Förderperiode seien es über 800 Millionen Euro gewesen. Es werde in Zukunft deutlich weniger sein. Ziel sei es, den Rückgang so gering wie möglich zu halten.

Dr. Hugh Bronson (AfD) bemerkt, für die nächste Wahlperiode einen entsprechenden Antrag vorbereitet zu haben. Das Thema werde Gegenstand weiterer Diskussionen sein. Über welche Bundesratsinitiative oder über welche Beteiligung im Ausschuss der Regionen sei Berlin aktiv und Sorge dafür, dass die Länder ihre unmittelbare Zuständigkeit für die EU-Strukturfonds behielten?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) skizziert, dass auf mehreren Ebenen Interessen artikuliert würden. Als Mitglied des Senats seien er sowie Frau Abgeordnete Kühnemann-Grunow für das Abgeordnetenhaus Mitglieder des Ausschusses der Regionen in Brüssel und hätten dort immer wieder und mit viel Nachdruck innerhalb der europäischen Meinungs- und Entscheidungsfindung darauf hingewirkt, strukturelle Änderungen zu minimieren, die Governance-Struktur betreffend. Dort habe es punktuelle Verbesserungen gegeben, die grundsätzliche Weichenstellung sei jedoch getroffen. Über den Bundesrat seien Initiativen gestartet worden, darunter eine Subsidiaritätsrüge, da die neue Governance-Struktur in die Länderkompetenzen, die föderalen Strukturen eingreife. Aktuell werde in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern der Länder und der Bundesregierung an der Ausgestaltung der Struktur innerhalb Deutschlands zwischen den regionalen und nationalen Kapiteln gearbeitet. Ziel sei, faire Verfahren, Prozesse und Strukturen zwischen Bund, Ländern und Regionen zu finden.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 1 der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei, einschließlich aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) gibt einen Rückblick auf die letzte Bundesratssitzung vor der Sommerpause am 10. Juli. Dort hätten einige wichtige Gesetzesvorhaben wie das Heizungsgesetz, das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz, das Länder- und Kommunalentlastungsgesetz sowie das Infrastrukturukunftsgesetz den Bundesrat passiert. Zusätzlich seien Bundesratsinitiativen eingebracht und beraten worden, darunter ein Gesetzentwurf zur

Strafbewährung der Leugnung des Existenzrechts des Staates Israels und ein von Berlin initiiertes Gesetz zur Änderung des Waffenrechts, die beide eine Mehrheit gefunden hätten. Die nächste Bundesratssitzung finde am 25. September 2026 statt. Bis dahin werde der Bundestag tagen, sodass mit einigen Gesetzentwürfen im ersten Durchgang zu rechnen sei. Auch Länderinitiativen würden erwartet.

Dr. Alexander King (fraktionslos) erkundigt sich, welche Maßnahmen der Senat im Bundesrat gegen die GKV-Reform unternommen habe, da diese den städtischen Krankenhäusern Vivantes und Charité jährlich 170 Millionen Euro Einbußen bringen werde. Welche Haltung vertrete der Senat zur anstehenden Wohngeldreform, die dem Land Berlin hohe Kosten verursachen werde, da ein Drittel der Anspruchsberechtigten ihren Anspruch verlieren und teilweise in die Grundsicherung fallen werde, was die Länder und Kommunen belasten werde. Gebe es schon einen Aufstand der Bundesländer?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erläutert, dass Berlin dem Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses zum GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz nicht zugestimmt habe. Begründet werde dies mit intensiven Verhandlungen in den Tagen davor gemeinsam mit den anderen Ländern sowie der Bundesregierung, die zu einem dreistelligen Millionenbetrag als Nachschlag für die Krankenhäuser geführt hätten. Zudem handele es sich um ein Einspruchsgesetz, bei dem der Bundestag einen Einspruch des Bundesrates mit seiner Mehrheit überstimmen könne. Daher sei strategisch versucht worden, das Maximum aus den Verhandlungen herauszuholen. Zur Wohngeldreform seien Abstimmung, Prüfungen und Diskussionen innerhalb des Senats noch nicht abgeschlossen. Eine Positionierung erfolge spätestens zur nächsten Bundesratssitzung. Zusätzlich habe Berlin eine Entschließung zur Senkung der Grundsteuer für Kultur-, Freizeit- und Begegnungsstätten eingebracht und werde für eine Mehrheit im Bundesrat.

Carsten Schatz (LINKE) merkt an, dass bezüglich des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes im Vorfeld angeblich noch 500 Millionen Euro herausgehandelt worden seien. Wie hoch werde der Berliner Anteil ausfallen? Würden diese nach Königsteiner Schlüssel verteilt, oder gebe es andere Mechanismen?

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) erklärt, zum Zeitpunkt der Verständigung in den Tagen vor dem 10. Juli sei noch unklar gewesen, wie diese Gelder verteilt werden sollten. Vermutlich werde nicht nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt, sondern sei an fachliche Kriterien gebunden, etwa nach den Leistungen der Krankenhäuser. Er sage Nachlieferung zu.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 2 der Tagesordnung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU-Angelegenheiten von Berliner Relevanz

Staatssekretär Florian Hauer (Skzl) führt aus, dass auch die europäischen parlamentarischen Gremien Sommerpause hätten, daher lägen keine neuen Informationen vor.

Hingegen habe es verschiedene Aktivitäten in diesem Jahr und in den letzten Wochen im Zusammenhang mit den Jubiläen im deutsch-polnischen Verhältnis gegeben: 35 Jahre Städtepartnerschaft Berlin-Warschau, 20 Jahre Oder-Partnerschaft und 35 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag. Im August habe es anlässlich des Jubiläums der Städtepartnerschaft ein Konzert in der Nationalgalerie und im Anschluss einen Empfang mit dem polnischen Botschafter gegeben.

Ein weiteres Projekt sei der Kulturzug. Der bisherige Kulturzug nach Breslau sei nicht mehr durchführbar gewesen, daher habe es das Bemühen um eine Alternative gegeben: Ein Waggon mit Kulturprogramm werde an den Eurocity nach Warschau angehängt. Ab September gebe es acht Fahrten im Regelbetrieb. Auch die Bahnunternehmen, sowohl die Deutsche Bahn, aber auch auf der polnischen Seite, hätten das Vorhaben unterstützt. Es hätten Mittel der Lotto Stiftung gewonnen werden können; die Europäische Akademie Berlin unterstütze und veranstalte das Projekt. Die Fahrten fänden vom 24. September bis zum 10. Oktober statt. Er könne die Verbindungsdaten zur Verfügung stellen.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 3 der Tagesordnung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0134](#)
Berlins Kampf gegen Desinformation – Die Rolle der BuEuMe
Medienaufsicht
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0270](#)
Die Zusammenarbeit der Landesmedienanstalten im BuEuMe
Bereich der Medienkompetenz
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0246](#)
Strategischer Gesamtrahmen BuEuMe
Hauptstadtregion: Update 2026
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0277](#)
Die Deep Tech Berlin Agenda im Kontext der BuEuMe
Innovationsstrategie der Hauptstadtregion
Berlin-Brandenburg
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Weiter wird um die Anwesenheit einer politischen Vertretung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gebeten.

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der [0153](#)
Fraktion Die Linke BuEuMe(f)
Drucksache 19/1607 IntGleich
„Rainbow Cities Network“ stärken und neue
Mitgliedsstädte gewinnen

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Antrag – Drucksache 19/1607 – abzulehnen.
Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 8 der Tagesordnung

- Antrag der Fraktion Die Linke [0245](#)
Drucksache 19/2928 BuEuMe(f)
Mehr Sicherheit und Umweltschutz auf Berliner InnSichO*
Wasserstraßen: Rückkehr zur 5-PS-Grenze für Sport
führerscheinfreie Sportboote jetzt umsetzen! UK

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, den Antrag – Drucksache 19/2928 – abzulehnen.
Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.